



an die
Mitglieder des Ständerates

Basel, 26. September 2021

Kostendämpfung im Gesundheitswesen JA – aber nicht zu Lasten von Patienten- und Versorgungssicherheit: Annahme der Motion 21.3700 von SR Jakob Stark

Sehr geehrte Mitglieder des Ständerates

Anlässlich Ihrer Sitzung vom 27. September 2021 werden Sie die Motion 21.3700 – *“Marktrückzüge von bewährten und günstigen Arzneimitteln stoppen. Versorgungssicherheit besser berücksichtigen”* von SR Jakob Stark behandeln.

Wir empfehlen Ihnen die Annahme der Motion aus den nachstehenden Überlegungen heraus:

Das Bündnis setzt sich für die Kostendämpfung im Gesundheitswesen ein. Das Risiko, Versorgungsengpässe durch zu starken Preisdruck weiter zu verschlimmern und dadurch die Patientensicherheit zu gefährden, muss dennoch unbedingt reduziert werden.

Wie der Motionär richtig ausführt, bestehen seit Jahren Versorgungsengpässe bei wichtigen Medikamenten der Grundversorgung, welche sich im Laufe der COVID-19 Pandemie weiter verschärft haben.

Zur aktuellen Situation verweisen wir Sie auf die Webseite www.drugshortage.ch von Dr. Enea Martinelli, Chefapotheker der spitäler fmi ag und Vizepräsident des schweizerischen Apothekerverbandes pharmaSuisse. Drugshortage legt offen, dass aktuell 305 Medikamente in der Schweiz nicht lieferbar sind.

Im Rahmen der Beantwortung verschiedener Vorstösse hat der Bundesrat den Termin für die Publikation eines Berichtes zum Thema Versorgungssicherheit immer wieder verschoben: In seiner Stellungnahme vom 1. Mai 2020 zur Motion 20.3166 “Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen” der SGK-S hat er die Fertigstellung des Berichts unter Hinweis auf die Pandemiebekämpfung auf Herbst 2020 verschoben. Mittlerweile ist der Bericht auf das Jahr 2022 angekündigt.

Die Motion 21.3700 von Ständerat Stark ist die logische Konsequenz der zunehmenden Anzahl nicht verfügbarer Medikamente in der Schweiz und der Untätigkeit des Bundesrats respektive des zuständigen Departements gegen diesen sich verschärfenden Missstand.

Zur nachhaltigen Verbesserung der Situation ist einerseits eine Revision des Preisbildungssystems für Medikamente unerlässlich und damit eine Differenzierung zwischen preisgünstigen Medikamenten der Grundversorgung und teuren, innovativen Medikamenten. Darin sind sich zahlreiche namhafte Experten einig. Andererseits ist eine engere Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern notwendig, um die Abhängigkeit von asiatischen Produktionsstandorten zu reduzieren.

Dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) liegen seit mehreren Jahren konkrete Vorschläge für ein differenziertes Preisbildungssystem bei Medikamenten vor, die dem Anliegen des Motionärs Rechnung tragen. Bis heute hat sich das BAG nicht in erkennbarer Weise mit diesen Modellen befasst und keinerlei konkrete Aktivitäten an die Hand genommen.

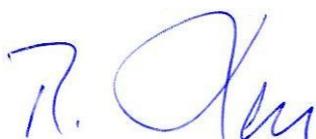
In seiner ablehnenden Beantwortung der Motion führt der Bundesrat aus, eine Unterbrechung der Überprüfung alle drei Jahre für preisgünstige Medikamente mache eine Gesetzesänderung notwendig. Dies ist nicht zutreffend: Artikel 65d Absatz 1 der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) regelt das Thema. Der Bundesrat könnte dem Anliegen der Motion somit sehr wohl zeitnah durch eine Verordnungsanpassung Rechnung tragen.

Aus den vorgenannten Gründen ist es von grosser Wichtigkeit, das zuständige Departement und das BAG zu einer umgehenden Bearbeitung dieses wichtigen Themas zu bewegen. Um bis dahin weiteren Schaden im System zu verhindern, sind die Forderungen des Motionärs von grosser Wichtigkeit. Die dabei verpassten Einsparungen stünden in keinem Verhältnis zur weiter ansteigenden Gefährdung der Versorgungssicherheit in unserem Land.

Wir empfehlen Ihnen deshalb die Annahme der Motion 21.3700 von SR Jakob Stark.

Für die Berücksichtigung unserer Überlegungen danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen
Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen



Prof. Dr. Robert Leu, Präsident



Felix Schneuwly, Vizepräsident

Breit abgestützte und branchenübergreifende Vereinigung mit hoher Legitimation

Am 5. September 2013 ist in Bern das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen gegründet worden. Mittlerweile gehören dem Bündnis bereits 27 grosse Verbände und Unternehmen aus allen Bereichen des schweizerischen Gesundheitswesens an.

Das Bündnis ist dank des branchenübergreifenden Charakters und seiner Grösse einzigartig in der schweizerischen Gesundheitslandschaft und schöpft die Legitimation zur Mitwirkung an der Meinungsbildung aus seiner Grösse, seiner breiten Abstützung und der Fachkompetenz seiner Mitglieder.

Das Bündnis engagiert sich für ein marktwirtschaftliches, wettbewerbliches, effizientes, transparentes, faires und nachhaltiges Gesundheitssystem mit einem Minimum an staatlichen Eingriffen und Wahlfreiheit für Patientinnen / Patienten, Versicherte und Akteure unseres Gesundheitswesens.

Das Bündnis kann auf Internet unter www.freiheitlichesgesundheitswesen.ch besucht werden.